

Protokoll 32 V/11

der

Beratung des Ausschusses Wirtschaft, Bauen und Verkehr am 15.06.2011

Ort: Stadthaus Altmarkt 21, Stadtverordnetensaal
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Es sind **elf** stimmberechtigte Stadtverordnete anwesend.

ÖFFENTLICHER TEIL

1. Abstimmung zur Tagesordnung

Es werden zwei neue Tagesordnungspunkte in die Tagesordnung aufgenommen:

- 4.0 Information zu Altanschließerbeiträgen
G II
- 4.4 Information an die Stadtverordnetenversammlung zur Leistungserbringung im Rettungsdienst ab 2012
Fachbereich Feuerwehr

Die Tagesordnungspunkte 1.3 und 1.4 werden von der Tagesordnung genommen, ebenso im TOP 1.5 - Max-Steenbeck-Gymnasium, Los T04: Fassade
TOP 1.5 wird TOP 1.3

Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen einstimmig angenommen.

2. Protokollkontrolle

Protokoll 31 V/11

Das Protokoll wird ohne Hinweise bestätigt.

3. Bericht des OB

Grüße und Dank für die geleistete Arbeit im 1. Halbjahr 2011.

4. Informationen, Anfragen, Anträge

4.0 Information zu Altanschießerbeiträgen

G II

Herr Nicht informiert über die verwaltungsinterne "Dienstanweisung zur Regelung des Verfahrens bei Stundung, Aussetzung der Vollziehung, Niederschlagung, Erlass und Vergleich von Forderungen der Stadt Cottbus sowie zum Umgang mit Kleinbeträgen". Diese gilt für die gesamte Verwaltung.

Neuerungen sind:

- Verzicht auf Einkommens- und Vermögensnachweise
- Verlängerung der Stundungszeiträume
- Verzicht auf Sicherungshypotheken
- Unbillige Härte nach Einzelfallprüfung – Erlass von Stundungszinsen

Die Fraktionen können an den Beratungen zur Problemlage bei den Altanschießerbeiträgen teilnehmen. (Einmal im Monat – Juli und August).

Informiert wird auch im nichtöffentlichen Teil des Rechts- und Petitionsausschusses im September 2011 (Information über Grenzfälle).

4.1 **Beratung zum Antrag 008/11**

Durchfahrtsverbot für Transit-Lastkraftwagen (schwere Nutzfahrzeuge)

G II

Herr Gransalke: Die Stadtverwaltung Wiesbaden führt derzeit gemeinsam mit der Polizei eine Befragung der LKW-Fahrer durch.

Cottbus wird zur Feststellung des Verkehrsaufkommens einschließlich dessen Herkunft und Fahrtziel ebenfalls eine Analyse zur Ist-Situation erarbeiten.

Frau Kircheis: Wo kommen die LKW her, wo wollen diese hin?

Herr Gransalke: Wiesbaden führt die Polizei Befragungen der LKW-Fahrer durch. Cottbus wird das ebenso tun.

Frau Koal: Ist das auch für CB so geplant?

Herr Nicht: In den nächsten 14 Tagen wird die Festlegung der Verantwortlichkeiten erfolgen. Zusammenarbeit mit dem SPN. Weitere Fragestellungen müssen mit betrachtet werden.

Im Vergleich mit Cottbus wird nur der Zeitablauf von Wiesbaden kritisch betrachtet.

Im September sollen erste Ergebnisse vorliegen

Herr Schaaf: Diese sollten in Zusammenhang mit dem ÖPNV Ende August (Sondersitzung des Wirtschafts-, Bau-, Verkehrsausschusses) vorgestellt werden.

4.2 Information über den Erweiterungsantrag der BTU „Platz der Deutschen Einheit“ **Fachbereich Geoinformation und Liegenschaftskataster,**

Frau Tzschoppe leitet ein und informiert über den Erweiterungsantrag.

Herr Potschwadek stellt die in Anlage 2 beigefügte Information dar.

Herr Kaps: Möchte die BTU ihre postalische Adresse in „Platz der Deutschen Einheit“ ändern?

Frau Tzschoppe informiert detaillierter.

4.3 Information zum Verkehrsknoten Bahnhofplatz

G IV

Frau Tzschoppe informiert, dass die Präsentation an die Stadtverordneten verteilt wurde. Gern wird die Verwaltung zur weiteren Beratung in die Fraktionen kommen.

Der Fahrgastbeirat hat ein positives Votum abgegeben. Hinweise werden in die weitere Diskussion aufgenommen.

Die Unterlagen wurden auch dem Fachausschuss Verkehr (Verknüpfungs- und Umsteigeanlagen) – Vors. Herr Prof. Dr. Thiel, BTU übergeben. Dieses Gremium berät ehrenamtlich das MIL zu derartigen Projekten

Noch im Juni findet eine Beratung mit allen Betroffenen und Anliegern statt. Die Finanzierung des ÖPNV wurde im zuständigen Fachministerium diskutiert.

Frau Kircheis: Anfrage in der StVV Mai 2011 zum Unfallschwerpunkt

→ Untersuchung der Thiemstraße/Bahnhofstraße

→ Einsatz von Verkehrspsychologen, um den Unfallschwerpunkt zu beseitigen.

4.4 Information an die Stadtverordnetenversammlung zur Leistungserbringung im Rettungsdienst ab 2012

Fachbereich Feuerwehr, Herr Brodowski, Herr Zellmann

Herr Zellmann stellt den Rettungsdienst vor → Anlage 3 und informiert über die Europaweite Ausschreibung, Kosten und den zeitlichen Ablauf des Verfahrens.

Es wurden Gespräche mit den bisherigen Trägern geführt, da das Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens nicht absehbar ist. Zwischenzeitlich erfolgt die Eigenerbringung durch die Stadt Cottbus.

Herr Schulz hat Bedenken und sieht dies als neues Beispiel, wie durch übergeordnete Gesetzgebung bestehende Strukturen zerschlagen werden. Die Johanniter verliert dadurch ein wichtiges Standbein. Es besteht noch personell und finanziell noch Klärungsbedarf.

Herr Zellmann: Alle Mitarbeiter, die im Rettungsdienst bisher beschäftigt sind, werden in diesem Bereich weiterarbeiten. Die Kosten sind die dargestellten – es wird nicht teurer als dargestellt.

Frau Kircheis verweist auf die Europäische Rechtssprechung,

Herr Nicht stellt den Brief der Mitarbeitervertretung der Johanniter vor. Diese wird den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Diese Information wird in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung gegeben. Zum 01.01.2012 erfolgt die Übernahme der Mitarbeiter.

5. Beschlussvorlagen

5.1 III – 015/11

Branitzer Park- und Kulturlandschaft – UNESCO Welterbe
Fachbereich Kultur,

Herr Warchold entschuldigt Herrn Streidt und Herrn Wecke und stellt die Vorlage vor.
Für das Verfahren ist das Land Brandenburg federführend.

Kosten? Die Erarbeitung der Unterlagen ist im Budget enthalten.
Sicherung der kontinuierlichen Bundesförderung

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

11 : 0 : 0

5.2 IV – 028/11

Bebauungsplan Nr. N/49/49 „Albert-Zimmermann-Kaserne/CIC“ 2. Änderung
- Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Fachbereich Stadtentwicklung

Die Nachfrage von Herrn Brase zur Bekanntmachung wird von Herrn Friemert beantwortet.
Herr Friemert informiert über den Begriff „TIP-Nord“.

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

11 : 0 : 0

5.3 IV – 0035/11

Bebauungsplan Nr. W/41/88 „Dahlitzer Straße“
- Aufstellungsbeschluss
Fachbereich Stadtentwicklung

Eine Nachfrage zu Anforderungen an den Immissionsschutz wird von Herrn Pohle
beantwortet. Auswirkungen des B-Plan TIP sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu
erwarten

Herr Galle: Die Vorlage wurde im Bürgerverein Ströbitz besprochen und erhielt Zustimmung

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

11 : 0 : 0

5.4 IV – 036/11

Bebauungsplan N/1/71 „Petersilienstraße“
- Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Fachbereich Stadtentwicklung, Frau Löwa

An Frau Wanta wurden Bürgeranfragen aus der Virchowstraße 10-13 herangetragen:

- Abstandsflächen
- WR – Gebiet → Grundstücksteilung
- Höhe max. 10 m steht im Widerspruch zu den Einzelfestlegungen – diese ergeben 11 m
- Abstand zwischen den Baufeldern 4m

Frau Löwa antwortet und verweist auf die Kompromisslösung aus den Bürgerhinweisen.
Herr Thiele verweist auf die Abstimmung mit der zuständigen Bauaufsichtsbehörde.

Herr Käkös geht davon aus, dass die Vorlage formaljuristisch in Ordnung ist.

Eine nochmalige Prüfung der von Frau Wanta vorgebrachten Bedenken wird zugesagt und dazu ein gemeinsamer Termin vereinbart.

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

10 : 0 : 1

5.5 IV – 040/11

Bebauungsplan Lipezker Straße/Hermann-Löns-Straße
- Aufstellungsbeschluss

Fachbereich Stadtentwicklung

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

11 : 0 : 0

5.6 IV – 041/11

Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich
des Bebauungsplanes Lipezker Straße/Hermann-Löns-Straße

Fachbereich Stadtentwicklung

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

11 : 0 : 0

Schaaf
Vorsitzender des Ausschusses
Wirtschaft, Bau, Verkehr

